

Zusagen einfordern

072
25.06.20

Zum Kommentar „Ein wenig mehr Gerechtigkeit“ und zum Beitrag „Härtefallfonds ungewiss“ (23. Juni).

Härtefallfonds für gezahlte Straßenausbaubeiträge sind dringend notwendig und richtig. Eine rechtliche Überprüfung ist unnötig, da Bayern dies bereits mit einem Gesetz zum 1. Juli 2018 getan hat. Die Einstellung von Innenminister Maier (SPD) ist unverantwortlich und bezeichnend für seinen Hochmut und sein Desinteresse als designierter Prinz der Genossen. Die SPD verlässt erneut den Pfad der sozialen Gerechtigkeit. Mein Pessimismus gegenüber der Ankündigung der Härtefallregelung wurde leider bestätigt – und ich hoffe, dass dies nicht ein abgekartetes Spiel wird, um die Landtagswahlen zu überstehen. Legt man bei einem Härtefall die Einkommensgrenze von jährlich 100.000 Euro niedriger als in Bayern, so erwarte ich, dass dann alles über zum Beispiel 1000 Euro und nicht wie in Bayern über 2000 Euro erstattet wird. Denn die Thüringer haben niedrigere Löhne und Renten und sind auch nicht so vermögend. Redakteur Elmar Otto hat es in seinem Kommentar auf den Punkt gebracht: Eine hundertprozentige Gerechtigkeit wird es hier leider nicht geben.

Die SPD riskiert erneut das Vertrauen in die Politik durch die Zusagen der Landesregierung zu beschädigen. Die Opposition im Landtag hat es mit ihrer Mehrheit in der Hand, die Zusagen der Landesregierung einzufordern. (gekürzt)

Wolfgang Kleindienst, Pößneck